

**5055/AB**  
**= Bundesministerium vom 19.03.2021 zu 5051/J (XXVII. GP)**  
**bma.gv.at**  
 Arbeit

**Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher**  
 Bundesminister

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Parlament  
 1017 Wien

martin.kocher@bma.gv.at  
 +43 1 711 00-0  
 Taborstraße 1-3, 1020 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.048.805

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)5051/J-NR/2021

Wien, am 19. März 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Julia Herr, Genossinnen und Genossen haben am 20.01.2021 unter der **Nr. 5051/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Coronakrise und Klimakrise - Aktive Arbeitsmarktpolitik ist notwendig** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 3**

- *Im Budget 2021 wird in der Untergliederung 43, Kennzahl 43.1.2 das Wirkungsziel im Bereich Umwelt- und Energiebeschäftigte für 2030 mit 200.000 Arbeitsplätzen angegeben. Im Vergleich zu den 183.000 (2019) und dem Ziel für 2020/21 (185.000) ist das eine Steigerung um 15.000 Arbeitsplätze. Den AnfragestellerInnen erscheinen die 15.000 Jobs ambitionslos. Auch wenn UG43 selbst nicht in der Zuständigkeit ihres Ministeriums liegt, handelt es sich jedoch um ein Arbeitsmarkt-spezifisches Thema. Gibt es daher in Ihrem Ministerium Daten, Grundlagen, Bewertungen oder Studien bezüglich diesem Wirkungsziel hinsichtlich*
  - *Erreichbarkeit?*
  - *Ambition?*
  - *Tatsächlichem Potenzial?*

- Wie viele zusätzliche Arbeitsplätze wollen Sie im Bereich Umwelt- und Energiebeschäftigte bis 2030 erreichen?
- Wie wollen Sie diese zusätzlichen Arbeitsplätze erreichen?

Ich war in die Erstellung der Budgetunterlagen der Untergliederung 43 nicht eingebunden. Die Fragen sind zwar von arbeitsmarktpolitischer Relevanz, aktuelle Daten zu diesem Wirkungsziel liegen mir jedoch nicht vor.

#### Zur Frage 4

- Wie groß ist das Potenzial für Arbeitsplätze durch Klimaschutzmaßnahmen insgesamt bis 2030? Sprich: Neben Umwelt- und Energiebeschäftigtene beispielsweise auch in der Bauwirtschaft, der Forschung oder dem öffentlichen Verkehr.
  - Sollten für die Erhebung des Potenzials aktuell keine belastbaren Daten vorliegen, bis wann planen Sie diese Daten zu erheben und zu veröffentlichen?

Den Auswirkungen von klimapolitischen Maßnahmen zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Reduktionziele (-50%) bis 2030 geht die Studie von Wolters et al (2020, siehe untenstehender Link) im Detail nach. Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt (Nettoeffekte) bleiben demnach gering, allerdings ist mit erheblichen Reallokationseffekten in Bezug auf Branchen und Beruf (Bruttoeffekte) zu rechnen.

<https://www.gws-os.com/de/index.php/publikationen/details/2020-die-auswirkungen-von-klimapolitischen-massnahmen-auf-den-oesterreichischen-arbeitsmarkt.html>

#### Zur Frage 5

- Welche Schritte werden Sie setzen, um dieses Potenzial in Ihrer Amtszeit bestmöglich auszuschöpfen?

Wie die in der Beantwortung zur Frage 4 angeführten Studie zeigt, gehen die Instrumente zur Reduktion der Treibhausgase weit über die Kompetenzen des Bundesministeriums für Arbeit hinaus, weshalb zu dieser Frage insbesondere auf die zuständigen Ressorts zu verweisen wäre.

#### Zur Frage 6

- Werden Sie sich in der Regierung und im Ministerrat für mehr Klimaschutzinvestitionen einsetzen, um damit Arbeitsplätze zu schaffen?

Es ist mir ein Anliegen, mich für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in allen Wirtschaftsbereichen einzusetzen.

### Zu den Fragen 7 und 11

- *Klimaschutz ist auch eine Herausforderung für die Industrie. Höhere Klimaschutzstandards in Österreich und Europa können zur Abwanderung in Länder mit niedrigeren Standards führen. Welche Schritte planen Sie, um solche Auswirkungen einzudämmen?*
  - *In Österreich?*
  - *Auf EU-Ebene?*
- *Eine Abwanderung der Industrie ist neben den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt auch keine Lösung für die globale Klimakrise, da dass CO2 dann nur an anderer Stelle ausgestoßen wird. Stattdessen braucht es eine Transformation unserer Wirtschaft. Eine solche Transformation benötigt jedoch hohe Investitionen. Eine Antwort darauf ist ein staatlicher Transformationsfonds, der zu geringen Zinsen Gelder aufnimmt und unter staatlicher Beteiligung in Unternehmen investiert, damit diese die Umstellung auf klimaneutrale Technologien rasch vollziehen können. Unterstützen Sie die Einrichtung eines solchen Transformationsfonds?*
  - *Wenn ja, bis wann planen Sie diesen einzurichten?*
  - *Wenn nein, welche Schritte möchten Sie setzen, um die Transformation der Industrie in eine klimaneutrale Zukunft zu unterstützen?*
  - *Mit welchen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wollen Sie die Dekarbonisierung der österreichischen Wirtschaft begleiten und unterstützen?*

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nicht in meinen Zuständigkeitsbereich fallen und somit nicht von mir beantwortet werden können.

### Zu den Fragen 8 und 9

- *Gibt es in Ihrem Ministerium sektorspezifische Analysen, wie viele Arbeitsplätze durch die Dekarbonisierung betroffen sein könnten?*
  - *bei wie vielen Arbeitsplätzen je Branche droht ein Verlust?*
- *Gibt es in ihrem Ministerium sektorspezifische Analysen, wie groß der (Re)Qualifizierungsbedarf durch die Dekarbonisierung ist?*

In der in Beantwortung zur Frage 4 angesprochenen Untersuchung sind eine Vielzahl von sektorspezifischen Analysen enthalten. Die Hauptaussagen lassen sich wie folgt zusammenfassen: von klimapolitischen Maßnahmen auf Ebene der Sektoren profitieren die Bau- und Architekturbranche, die Betriebe zur Herstellung elektrischer Ausrüstungen, Architekten, etc. – demgegenüber sind die Bereiche Verkehr, die Metallindustrie, Land- und Forstwirtschaft, Energie und der Groß- und Einzelhandel mit einer geringeren Nachfrage nach Kraftfahrzeugen konfrontiert. Zu stark nachgefragten Berufsgruppen zählen Baufachkräfte und verwandte Berufe, Personen in der Naturwissenschaft und Mathematik sowie technische Fachkräfte.

**Zur Frage 10**

- *Unterstützen Sie die Forderung nach einem EU-Grenzsteuerausgleich, um Mehrkosten für Umwelt- und Klimaschutz in Europa und daraus folgende Nachteile für Produktion und Arbeitsplätze in Europa, auszugleichen?*

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nicht in meinen Zuständigkeitsbereich fallen und somit nicht von mir beantwortet werden können.

**Zur Frage 12**

- *Auch wenn Abwanderung eingedämmt und Transformation vollzogen wird, kann Klimaschutz zum Verlust von Arbeitsplätzen in manchen Branchen führen. Klimaschutz kann jedoch nur funktionieren, wenn wir ihn gemeinsam angehen. Das bedeutet auch, dass durch Klimaschutzmaßnahmen niemand Arbeitslosigkeit fürchten darf. Eine Beschäftigungsgarantie verbunden mit Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen ist hier ein wirksames Mittel. Unterstützen Sie eine solche Beschäftigungsgarantie?*
  - *Wenn ja, bis wann planen Sie diese umzusetzen?*
  - *Wenn nein, wie lautet Ihre Antwort an Menschen, die wegen Klimaschutzmaßnahmen um ihren Job fürchten und welche Auswirkungen haben solche verständlichen Sorgen auf den Erfolg und die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen an sich?*

Diese Überlegung reicht über Fragen der Arbeitsmarktpolitik hinaus. Der Staat muss bestmögliche Rahmenbedingungen für Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen bereitstellen sowie auf eine möglichst effiziente Vermittlung von Arbeitssuchenden auf offene Stellen hinwirken.

**Zur Frage 13**

- *Welche anderen Maßnahmen planen Sie, um die Arbeitsplätze der Beschäftigten in der Industrie und deren Zulieferbetrieben zu erhalten und gleichzeitig effektiven Klimaschutz und das Erreichen der Klimaneutralität bis 2040 zu ermöglichen?*

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik besteht die Möglichkeit, die Kompetenzen von arbeitslosen Personen v. a. in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung zu verbessern. In diesen Feldern sehe ich mittel- bis längerfristig die größten Potenziale.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher



